Der Bürgermeister



Postanschrift: Stadtverwaltung 53754 Sankt Augustin

CDU-Fraktion
SPD-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
FDP-Fraktion
Fraktion Aufbruch
Fraktion Die Linke.
Herrn Austria-Zink

Dienststelle Fachbereich Stadtplanur Planung und Liegenscha		
Auskunft erteilt: Herr Felix Stiepel		Zimmer: 206
Telefon (0 22 41) 243-0		Durchwahl: 273
Telefax (0 22 41) 243-430		Durchwahl: 77273
E-Mail-Adresse: felix.stiepel@sankt-augustin.de		
Internet-Adresse: http://www.sankt-augustin.de		
Besuchszeiten		
Rathaus montags: 8.30 - 12.00 u. 14.00 - 18.00 Uhr,	Bürgerservice (Ärztehaus) montags bis freitags: 7.30 Uhr - 12.00 Uhr,	

montags:

14.00 Uhr - 18.00 Uhr

Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen

Mein Zeichen 6/10/1-Sti

Datum 04.12.2015

dienstags bis freitags:

8.30 Uhr - 12.00 Uhr

Bebauungsplan Nr. 805 "Gänsepütz" 4. Änderung

<u>Hier: Beantwortung des Prüfauftrags des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss vom 02.12.2015 zur Auslegung und Bestimmtheit der textlichen Festsetzung, Nr. A 1</u> Flächen für den Gemeinbedarf

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Verwaltung wurde vom Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss im Zuge der Vorberatung der Vorlage DS-Nr.: 15/0341 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 805 "Gänsepütz" – Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB um eine ergänzende Stellungnahme gebeten. Konkret geht es um die in der textlichen Festsetzung gewählte Begrifflichkeit bei der Fläche für den Gemeinbedarf mit der Festsetzung "Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen". Die Zulässigkeit von baulichen Anlagen wird hier beschränkt auf: "Aufnahmeeinrichtungen, Gemeinschaftsunterkünfte oder sonstige Einrichtungen für Flüchtlinge oder Asylbegehrende".

Die Prüfung kommt zu dem Ergebnis, dass gemäß der textlichen Festsetzungen die im Bebauungsplan festgesetzten Anlagen <u>ausschließlich</u> für die Unterbringung von <u>Flüchtlingen</u> (sinngemäß anerkannt gem. § 51 AuslG als auch nicht anerkannt gem. § 53-55 AuslG) wie auch für <u>Asylbegehrende</u> (Ausländer, die einen Asylantrag stellen möchten oder sich bereits in einem laufenden Asylantragsverfahren gem. AsylVfG befinden) zulässig sind. Ebenso handelt es sich hierbei nur um eine <u>zeitlich begrenzte</u> Unterbringung.

Hiervon <u>deutlich zu trennen sind demnach auch alle sonstigen Unterbringungsformen von Wohnungs- oder Obdachlosen</u>, welche nicht unter die ausgeführten Begriffe

"Flüchtling" und "Asylbegehrender" fallen. Eine Anlage zur Unterbringung dieser Personengruppen, auch gemeinhin als Obdachlosenunterkunft bekannt, ist somit nach dem bisherigen Planentwurf nicht zulässig. Hieraus würde sich vermutlich der Charakter der Anlage sowie auch die Wirkung auf das bestehende Wohnumfeld deutlich ändern und sich ggfs. hieraus auch weitere zu berücksichtigende Tatbestände ergeben, die im weiteren Planverfahren entsprechend zu ermitteln, zu berücksichtigen und abzuwägen wären.

Sofern durch den Rat ausdrücklich gewünscht wird, die Zulässigkeit für die Errichtung bzw. den Betrieb einer Obdachlosenunterkunft in die Planung mit einzubeziehen, so empfehle ich, ergänzend zum bisherigen Beschluss folgendes zu beschließen:

"Der Rat beschließt folgende Ergänzung der textlichen Festsetzung: Bei Punkt A1 – Flächen für den Gemeinbedarf (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB) – sind am Ende folgende Wörter zu ergänzen: 'sowie Obdachlosenunterkünfte"

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

Rainer Gleß\\ Erster Beigeordneter

Anlage